

Bürgerliche Offensive, Frauen und Sozialismus

Zur Analyse der Situation der Frauen in der bürgerlichen Gesellschaft zitierte Marx zustimmend den Gedankengang des utopischen Sozialisten Fourier:

"Die Veränderung einer geschichtlichen Epoche läßt sich immer aus dem Verhältnis des Fortschritts der Frauen zur Freiheit bestimmen, weil hier im Verhältnis des Weibes zum Mann, des Schwachen zum Starken, der Sieg der menschlichen Natur über die Brutalität am evidentesten erscheint. Der Grad der weiblichen Emanzipation ist das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation" (MEW, Bd. 2, S. 208).

Frauen, v.a. in den entwickelten kapitalistischen Ländern, konnten in den letzten 100 Jahren einige wichtige Reformen in Richtung Gleichberechtigung erkämpfen. Geblieben ist allerdings eine Gesellschaftsordnung, in der Frauen in der Regel härter arbeiten müssen und schlechter bezahlt werden; in der ihnen der gleichberechtigte Zugang zu Ausbildung und qualifizierten Jobs verwehrt und in der generell ihre volle Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben behindert wird; in der sie Gewalt zu Hause und auf der Straße ausgesetzt sind; in der sie durch "unsere" sexistische Kultur bevormundet und erniedrigt werden.

Deutschland 1994: Rollback auf allen Ebenen ...

Massenarbeitslosigkeit, Kürzungen der Sozialleistungen, steigende Armut, Rassismus, wachsende faschistische Gefahr - das ist das "häßliche" Gesicht des deutschen Kapitalismus 1994.

Die Umstrukturierung der bürgerlichen Gesellschaft hat drastische, bisher erfolgreiche Angriffe auf erkämpfte Rechte und soziale Standards zur Folge. Die letzten Tarifabschlüsse sind hierfür ein Beispiel. Und Frauen trifft die bürgerliche Offensive noch mal so hart. Jedoch die sozialdemokratischen und männerdominierten Gewerkschaftsführungen scheren sich

einen Teufel um deren Situation und schrauben spezifische Frauenforderungen sogar noch herunter.

... und die Auswirkungen für Frauen

Zwar war in den letzten Jahrzehnten in Westdeutschland die Berufsausübung von Frauen nie im gleichen

Maße selbstverständlich wie die von Männern. (In Ostdeutschland waren dagegen weit über zwei Drittel der Frauen berufstätig - eine der Errungenschaften des bürokratisch deformierten Arbeiterstaates DDR.) Aber zumindest wurde es im Westen als zunehmend "normal" angesehen, wenn Frauen arbeiteten bzw. arbeiten wollten. Die Gründe für die wachsende Akzeptanz von Frauenarbeit waren vielfältig: Arbeitskräftebedarf, ökonomischer Druck auf die Familien ..., aber auch, daß Frauen nicht länger ihr Leben als "Heimchen am Herd" fristen wollten. Die Suche nach qualifizierten Arbeitskräften ließ die Kapitalisten in der Vergangenheit sogar zu Projekten greifen, in denen Frauen in so-

genannten "Männerberufen" ausgebildet wurden (woraan sie allerdings heutzutage nicht mehr erinnert werden wollen). Neben der traditionellen Doppelbelastung durch Beruf und Familie hat(te) diese Entwicklung auch eine gewisse ökonomische Unabhängigkeit für immer mehr Frauen zur Folge mit positiven, wenn auch beschränkten, Auswirkungen auf sozialer und kultureller Ebene.

Nunmehr wird aber das Rad der Geschichte immer mehr zurückgedreht. Im aktuellen politischen Klima werden die Verbesserungen, die Frauen durchsetzen konnten, zunehmend in Frage gestellt. Denn obwohl selbst von bürgerlichen Parteien wie der CDU die Forderung der (kleinbürgerlich-) feministischen Frauenbewegung nach Quotierung aufgegriffen wurde und über Frauengleichstellungsgesetze mehr Frauen v.a.



Subscribe to:

1917
 Por el Trotskismo!
 JOURNAL OF THE INTERNATIONAL BOLSHEVIK TENDENCY

1917
 Pour le trotskysme!
 JOURNAL OF THE INTERNATIONAL BOLSHEVIK TENDENCY

1917
 국제 볼셰비크 조직 정강
 혁명적 맑스주의를 위하여!
 JOURNAL OF THE INTERNATIONAL BOLSHEVIK TENDENCY

1917
 Maastricht House of Cards Collapses
 European Disunity
 JOURNAL OF THE INTERNATIONAL BOLSHEVIK TENDENCY

1917

Journal of the International Bolshevik Tendency

Subscriptions (English Edition): DM 10,-/4 issues
Order from: M. Martin, Postfach 210 254, 10502 Berlin

... Frauen

Fortsetzung von Seite 14



in Führungspositionen gehievt werden sollen, wird die überwiegende Mehrzahl der Frauen zurück zu Küche und Kindererziehung getrieben. Getreu dem Motto: Zuletzt geheuert - zuerst gefeuert. Frauen, gerade in Ostdeutschland, sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Und die Frauen, die weiterhin berufstätig bleiben wollen/müssen, werden zunehmend in ungeschützte Arbeitsverhältnisse bzw. vermehrte Teilzeittätigkeiten (mit Lohnverlust) gedrängt, die eine ökonomisch unabhängige Existenz erst recht unmöglich machen.

§ 218 - Symbol der Unterdrückung der Frau

Für die Frauen der ehemaligen DDR bedeutet die kürzlich erfolgte "Reform" des § 218 einen Schritt zurück in Richtung letztes Jahrhundert, da sie bisher die Möglichkeit zum straffreien Schwangerschaftsabbruch in den ersten 3 Monaten hatten. Generell bedeutet die "Reform" eine "Fristenlösung mit Zwangsberatung", die den sexistischen, psychischen Druck erhöht. Der Rückgang der Geburtenrate und die gestiegene Zahl von Sterilisationen (auch wieder v.a. in Ostdeutschland) belegt in zynischer Weise ihre unsichere Situation, in der sie keine Möglichkeiten sehen, Kindern eine Zukunft zu bieten. Unternehmer verlangen als Einstellungsvoraussetzung den Beweis, daß Frauen nicht durch mögliche Schwangerschaften für das Kapital "unbrauchbar" werden. Die zynische staatliche Geburtenkontrolle mit Hilfe des § 218 zwingt weibliche Lohnabhängige, Immigrantinnen, Sozialhilfeempfängerinnen etc. dazu, sich wieder lebensgefährlichen Methoden von "Kurfuschern" auszuliefern.

Für jedes Kind bis 1996 einen Kindergartenplatz - eine leere Versprechung

Die Mindestvoraussetzung für Frauen, sich gleichberechtigt am gesellschaftlichen und politischen Leben beteiligen zu können, sind erst einmal ein Job sowie der Zugang zu gesellschaftlichen Dienstleistungen,

die sie von den Zwängen der Haushalts- und Familienarbeit befreien. Eine wichtige Rolle spielt hier die Entlastung von der Kinderbetreuung.

Für reiche Frauen, die sich Kindermädchen leisten können, ist das nie ein Problem gewesen. Arbeiterinnen, alleinerziehende Mütter, Sozialhilfe- oder Arbeitslosengeldempfängerinnen hingegen leiden darunter, daß die vorhandenen Angebote entweder nicht ausreichen oder den konkreten Bedürfnissen/Notwendigkeiten nicht entsprechen (s. z.B. die Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen). Für sie ist die Forderung nach einer adäquaten staatlich finanzierten Kinderbetreuung unerlässlich.

Das Versprechen der Herrschenden in diesem Land, bis 1996 ausreichend Kindergartenplätze zur Verfügung zu stellen, sollte den Frauen die erneute Festschreibung des Abtreibungsparagraphen schmackhaft machen. Jetzt ist - ganz plötzlich - zu vernehmen, daß dieses Versprechen mangels öffentlicher Gelder nicht zu verwirklichen sei. Dabei würden Kindergartenplätze allein gar nicht ausreichen, die Situation zu verbessern: Es fehlen Krippen- und Hortplätze, Ganztagschulen etc. Doch statt deren Ausbau wird auch in diesem Bereich der Kahlschlag betrieben. Erklärtes Ziel dieser frauenfeindlichen Politik, entlang der "ökonomischen Notwendigkeiten" der kapitalistischen Entwicklung, ist, daß Frauen zwangsweise ihre Kinder zu Hause betreuen sollen und damit zunehmend weniger in der Lage sind, eine berufliche Tätigkeit auszuüben!

Frauenunterdrückung: integraler Bestandteil des Kapitalismus

Die aktuelle Kürzungspolitik im sozialen Bereich mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen für Frauen ist keinesfalls nur ein spontaner Reflex der gegenwärtigen Regierung (deren Politik kräftig unterstützt wird seitens der "oppositionellen" Sozialdemokratie). Die wirkliche Ursache für die Diskriminierung und Unterdrückung der Frauen liegt in der kapitalistischen Produktionsweise. Letztere benutzt die Frauenarbeit als (billige) Reserve. Wenn Kapitalisten Arbeitskräfte brauchen, wird das "Argument" des "kürzeren Daumens" nicht benutzt. In wirtschaftlichen Krisen oder bei "Nichtbedarf" werden Frauen dagegen an ihre "traditionelle" Rolle erinnert. Dann soll die unbezahlte Reproduktionsarbeit, die Frauen in Haushalt und Familie leisten, wieder zu ihrem einzigen Lebensinhalt werden.

Bürgerliche Kleinfamilie: Kernelement der Frauenunterdrückung

Frauen können keine wirkliche Emanzipation in einer Gesellschaftsordnung erreichen, die auf die Institution der bürgerlichen Kleinfamilie angewiesen ist. Die (grundgesetzlich) geschützte "Keimzelle des Staates" ist für die materielle wie psychische Unterdrückung der Frau zentral wichtig. Hier wird u.a. eine konservative, unterdrückende Umgebung geschaffen, in der Frauen sowie Kindern und Jugendlichen der Respekt vor (männlicher) Autorität eingetrichtert wird. In der Familie, der Wiege der bürgerlichen Zivilisation,



sollen die schäbigen Grundwerte letzterer vermittelt werden. Aufgrund ihrer ökonomischen Abhängigkeit haben Frauen keine Freiheit, häuslicher Gewalt zu entgehen bzw. sie quälende Ehen aufzulösen.

Die bestehende Organisationsform des "Privaten" isoliert und hindert Frauen, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. In der veröffentlichten Meinung bleibt die bürgerliche Kleinfamilie jedoch "Ideal". Dabei ist sie keineswegs "natürliches", "ewiges" und "unabänderliches" Faktum, wie auch Schwule, Lesben und Pädosexuelle feststellen. Nur für die gutbetuchten, sexistischen Verteidiger dieses Status quo (mit Kindermädchen, Haushälterinnen, Internaten etc. zu ihrer Verfügung) scheint sie zweifelsohne die beste und einzige Lebensform. Historisch gesehen gab es jedoch die unterschiedlichsten Formen des Zusammenlebens, in denen Frauen verschiedene Rollen wahrgenommen haben. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, und hier wiederum, die vorherrschenden Eigentumsverhältnisse, sind entscheidend.

"Es kommt aber darauf an, die Welt zu verändern"

Es geht nicht darum, die bürgerliche Familie "einfach" per Dekret "abzuschaffen", sondern durch ein System zu ersetzen, das allen Menschen die Gelegenheit bietet zu wählen, wie sie ihr Leben führen möchten.

Die feministische Forderung, die auch von Gewerkschaften übernommen wurde, daß sich Frauen und Männer die Hausarbeit teilen sollten, ist eine moralistische Sackgasse und klappt nicht. Es geht vielmehr darum, die materielle Grundlage der Gesellschaft zu verändern. Der Kampf für die Gleichberechtigung von Frauen erfordert eine sozialistische Strategie, die darauf abzielt, daß Frauen ökonomisch unabhängig werden und daß die Hausarbeit vergesellschaftet wird.

Kindererziehung und Hausarbeit, zentrale Elemente der unterdrückenden Situation für Frauen, müssen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung verstanden werden. MarxistInnen sind der Meinung, daß die Sorge für die nächste Generation eine Angelegenheit der Gesellschaft insgesamt ist und daß deren Kosten deshalb auch von der Gesellschaft generell getragen werden müssen. Kommunale Restaurants, Wäschereien, Kindergärten etc., kurzum,

ein qualitativer Ausbau des Dienstleistungsbereiches ist notwendig, um die private Hausarbeit zu beseitigen.

Machbar ist eine solche gesellschaftliche Umstrukturierung nur durch die entschädigungslose Enteignung des Kapitals, die die bereits entwickelten Produktivkräfte von ihren privaten Fesseln befreit und diese zur qualitativen Weiterentwicklung einsetzt. In einer klassenlosen Gesellschaft, in der eine so erzielte "Überflußproduktion" kollektiv genutzt wird, wird die "private" Arbeit, zu der Frauen heute gedrängt werden, vollständig in gesellschaftliche verwandelt worden sein. Und erst dann - nach harten Kämpfen auf allen Ebenen und in allen Bereichen - können Frauen *endgültig* frei sein.

Wirkliche Alternativen für Frauen

Der Kampf gegen die zunehmenden Angriffe auf die Rechte und erkämpften Verbesserungen für Frauen muß *jetzt* begonnen werden. Diese Gesellschaft hat die notwendigen materiellen Voraussetzungen geschaffen, um die Situation von Frauen qualitativ zu verbessern. Die Kämpfe der Frauen für ihre spezifischen Forderungen müssen verbunden werden mit denen der gesamten Arbeiterklasse gegen die Angriffe des Kapitals, gegen Ausbeutung und Unterdrückung generell. Nicht das Geschlecht, sondern das politische Programm ist ausschlaggebend, damit eine reale Veränderung erkämpft werden kann. Die kommunistische Führerin Clara Zetkin drückte den Leitgedanken kommunistischer Frauenarbeit so aus:

"... ohne Mitarbeit, ohne den Mitkampf der Frauen keine Eroberung der politischen Macht, kein kommunistischer Aufbau. Das Proletariat bedarf für seine Schlachten zur Überwindung des Kapitalismus, wie für die Verwirklichung des Kommunismus der Mitarbeit der Frauen nicht bloß der Quantität nach, ... Nein, Ihr befreiungssehnächtigen, Ihr befreiten Proletarier, Ihr könnt unserer Mitarbeit nicht entraten, auch der Qualität unserer Leistungen nach. Wir sind, dem Himmel sei Dank, nicht Eure Affen, nicht Eure mißratenen, schlechten Kopien. Wir setzen unsere eigenen geistigen und sittlichen Werte ein, sowohl in den revolutionären Kampf, wie an den revolutionären Aufbau. Und das bedeutet nicht etwa eine Bedrohung des revolutionären Kampfes, nein es bedeutet seine Steigerung und Verschärfung" (Protokoll des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 2, S. 922).

Für den Aufbau einer kommunistischen Frauenbewegung

Frauen haben in vielen Kämpfen der Arbeiterklasse eine zentrale Rolle gespielt. Die revolutionären Ereignisse 1917 in Rußland begannen mit dem Streik der Textilarbeiterinnen im Februar. Genauso wie damals ist der Kampf für die sozialistische Revolution undenkbar, wenn er nicht auch als Kampf gegen die besondere Unterdrückung der Frauen geführt wird. Dringend nötig ist der Aufbau einer kommunistischen Frauenbewegung, die als organisatorisch selbständige Komponente innerhalb der revolutionären Bewegung agiert.

*Ohne Frauen keine sozialistische Revolution -
ohne sozialistische Revolution keine Befreiung der Frauen!*

The Bolshevik

A journal of revolutionary Marxism
for the reforging
of the Fourth International

Published by the
Permanent Revolution Group,
the New Zealand section of the
International Bolshevik Tendency



DM 2,-/issue

Order from:
Permanent Revolution Group

Box 9671, Wellington

New Zealand

or:

M. Martin,

Postfach 210 254,

10502 Berlin